

# GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLER VEREINIGUNG  
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN" NR. 6 / MÄRZ 1983

## Wahl am 6. März 1983

Worum es an diesem Tage geht

Endlich ist Klarheit geschaffen: Am 6. März 1983 wird ein neuer Bundestag gewählt. Nur mit Hilfe einiger verfassungsrechtlich fragwürdiger Tricks konnte Helmut Kohl für sein CDU/CSU/FDP Konglomerat fünf Monate einer Übergangsregierung erreichen, die seine Kanzlerschaft ermöglichen und nun verlängern soll.

Um was geht es am Wahltag?

1. Helmut Kohl hat dem US-Präsidenten Reagan zugesagt, die amerikanischen Raketen Pershing 2 und die Flugkörper Cruise Missiles auf deutschem Boden aufzustellen. Das ist der entscheidende Schritt zum atomar geführten Dritten Weltkrieg. Deutschland wird zum Raketen-Mutterschiff, von dem aus die Sowjetunion vernichtet werden kann und das sie deshalb selbst vernichten muß.

**Dagegen treten die Grünen an. Nur eine grüne Fraktion im Bundestag als parlamentarische Vorausabteilung der Friedensbewegung kann den schon geplanten atomaren Untergang Deutschlands und Europas maßgeblich verhindern helfen**

2. Im Jahre 1983 werden bis zu drei Millionen Menschen in unserem Lande arbeitslos sein. Sie sind die Opfer der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Die etablierten Parteien steigern diese Krise noch, dezimieren die Kaufkraft der breiten Massen, machen die Armen ärmer und geben das Geld den Kapitalbesitzern, die damit durch Rationalisierung weitere Arbeitsplätze vernichten.

**Dagegen treten die Grünen an. Sie wollen die Arbeit sinnvoll auf alle verteilen und an die Stelle der großtechnologischen Abenteuer (AKWs, WAAs, neue Flughäfen und Landebahnen für den Dritten Weltkrieg, Rüstungsgüter) vernünftige ökologische Arbeit (natürliche Energien, Umweltschutz, Recycling, dezentralisierte Dauergüterproduktion, gesunde Landwirtschaft) setzen. Sie weisen nach, daß diese Umstellung durchaus finanzierbar ist.**

3. Unser Planet Erde wird ausgeraubt. Der Traum vom ewigen quantitativen „Wachstum“ führt zur immer rascheren Ausbeutung seiner Ressourcen. Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel.

**Dagegen setzen wir Grünen die Entwicklung einer neuen ökologischen Gesellschaft, die nicht mehr die Erde ausbeutet, sondern gemeinsam mit allen Völkern sie in ihrem Reichtum und in ihrer Schönheit bewahrt. Die lineare Produktionssteigerungswirtschaft ersetzen wir durch eine organische Kreislaufwirtschaft. Das menschliche Leben muß sich wieder einbetten in die großen Lebenszusammenhänge der Natur.**

So geht es am 6. März 1983 in einer großen Anstrengung um Frieden statt Atomkrieg, um schöpferische Arbeit für alle statt einer unerträglichen und schließlich unbezahlbaren Massenarbeitslosigkeit und um eine neue menschliche Gesellschaft in Harmonie mit der Natur statt der zerstörerischen Ausbeutung von Mensch und Erde.

**Dafür stehen die Grünen**

# DIE GRÜNEN IN DEN BUNDESTAG!

# BETRIFFT: WALDSTERBEN

Als vor ca. zehn Jahren der Landesverband BUND Umwelt und Naturschutz Bayern vor einem betroffenen Gebiet ein Schild mit der Aufschrift „HIER STIRBT DER WALD“ aufstellte, bedachte man ihn mit einer Strafanzeige wegen Landschaftsverhandlung. Heute, nachdem klar wird, daß nach vorsichtigen Feststellungen mindestens 8 % unseres Waldes von diesem Waldsterben betroffen sind, glauben alle etablierten Parteien sich dieses wichtigen Problems annehmen zu müssen. Der Sinn dieses Betreibens, zumal in Wahlkampfzeiten, ist offensichtlich.

Dieser Tage wurde nun von der amtierenden Regierungskoalition neben der Verbesserung der TA Luft eine neue Verordnung für Großkraftwerke verabschiedet, um den Ausstoß von Schwefeldioxid (verantwortlich für den „Sauren Regen“) zu vermindern. Bei genauerem Hinsehen stellt sich dann allerdings heraus, daß die unternommenen Schritte mehr als halbherzig und der Bedeutung des Problems kaum angemessen sind. Obwohl technisch möglich, wird der Schwefeldioxidausstoß von Großkraftwerken auf absehbare Zeit nicht gänzlich verhindert. Für eine Verringerung des Schwefelausstoßes erhalten die Kraftwerke einen Zeitraum von 10 Jahren eingeräumt. Was in zehn Jahren mit unserem Wald geschehen kann, sieht man am Beispiel Erzgebirge. Dort sind innerhalb eines solchen Zeitraumes große Wälder gänzlich vernichtet worden. Zudem kann nach § 33 der neuen Verordnung für Großkraftwerke die Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes ganz unterbleiben, wenn wirtschaftliche Gründe dieser Verringerung entgegenstehen. Wer spricht den hier von einer Hintertür für Kraftwerksbetreiber?

Horst Stern spricht angesichts dieser Tatsachen in seinem Umweltmagazin „Natur“ von MAULHUREREI der etablierten Politiker.



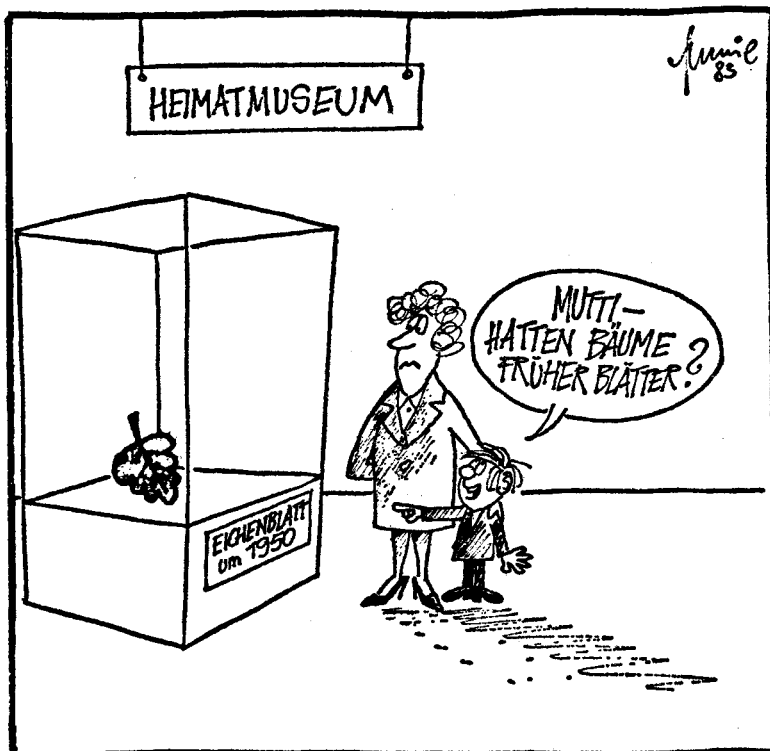
Umweltschutz a la CSU/CDU/FDP

Die GRÜNEN fordern daher gemeinsam mit dem BUND das brisante Problem Waldsterben endlich mit effektiven Maßnahmen anzugehen:

1. Anstelle des Symptomkurierens z.B. durch Kalkung der Wälder, sind zum Schutz der Umwelt die Grenzwerte für SO<sub>2</sub>, Fluor und Schwermetalle auf mindestens ein Fünftel bis ein Drittel der geltenden Werte zu reduzieren.
2. Anstelle der Hochschornsteinpolitik, welche einer ökologischen Vernichtungsaktion für unbelastete Räume gleichkommt, sind wirksame Abluftreinigungsmaßnahmen an den Hauptverursachern durchzuführen.
3. In einem 5-Jahresplan sind in alle bestehenden und in alle neuen Großkraftwerke Rauchgasentschwefelungsanlagen einzubauen. Entwicklung und Einsatz von Wertschichtkraftwerken sind zu forcieren.

**WIR WOLLEN NICHT  
WARTEN, BIS UNSER  
WALD NICHT MEHR ZU  
RETTEN IST!**

4. Da entscheidend für die Verringerung der Luftbelastung die Reduzierung der Energienachfrage ist, sind umgehend die vorliegenden Fernwärmekonzepte in den Belastungsgebieten durch Sonderinvestitionsprogramme in einem 10-Jahreszeitraum zu realisieren. Die Mittel hierfür können durch sofortige Baueinstellung ökonomisch unsinniger und ökologisch zerstörerischer Projekte, wie Rhein-Main-Donau-Kanal, Startbahn-West oder Wattenmeereindeichungen gewonnen werden.
5. Die Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern ist nicht durch den Einsatz der Kernenergie zu realisieren, sondern kann nur durch Energieeinsparung und stärkere Nutzung von regenerativen Energiequellen erreicht werden.



Im Jahre 2000

Gerd Reinheimer

# AKTION GIFTFREIES RIED

## GRÜNE im Landtag gegen Dioxin-Verbrennung in Biebesheim

In einer kleinen Anfrage fordern DIE GRÜNEN im Landtag von der Landesregierung nähere Auskünfte über die geplante Verbrennung des Seveso-Giftes Dioxin in der Verbrennungsanlage Biebesheim. Die Betreiberin der Anlage, die Hessische Industrie Müll (HIM), beabsichtigt, eine Planfeststellungsänderung zu beantragen, da die Anlage bisher nicht für die Verbrennung hochgiftiger Stoffe zugelassen ist. Damit soll nun das vor allem von der Firma Boehringer, Hamburg, produzierte Gift im umweltskandalerprobten Südhessen beseitigt werden, nachdem die zuvor praktizierte ungenehmigte Verbrennung auf hoher See nicht mehr möglich ist.

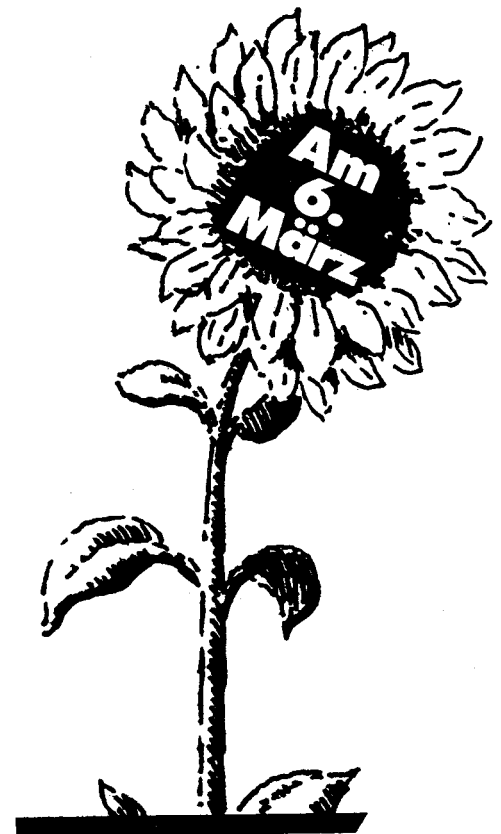
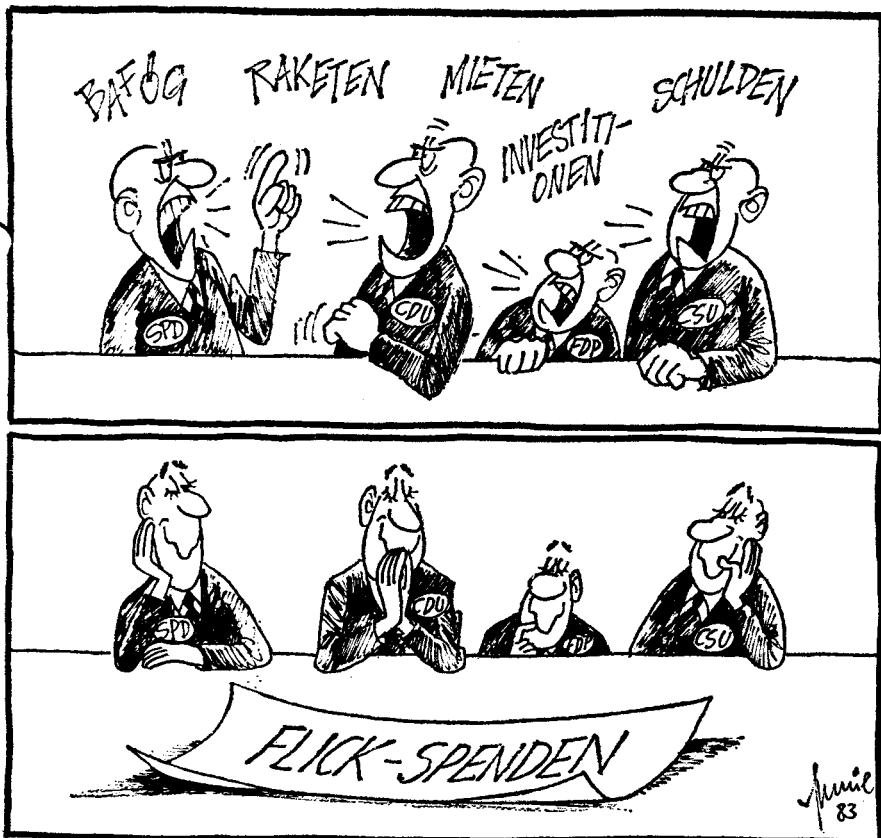
In ihrer Anfrage wollen DIE GRÜNEN im Landtag von der Landesregierung unter anderem wissen, ob der Firma Boehringer von seiten des Landes ein Angebot zur Verbrennung dieser hochgiftigen Abfälle in Hessen gemacht wurde und ob sich die HIM möglicherweise wegen zu geringer Kapazitätsauslastung in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. „Hält es die Landesregierung für umweltpolitisch vertretbar, die Entschärfung von Umweltgiften, die letztlich keine restlose Beseitigung be-

deutet, nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung vornehmen zu lassen?“

Umweltpolitisches Ziel der GRÜNEN ist es, Produktionen, bei denen hochgiftige Substanzen, wie z.B. Dioxin, entstehen, zu unterbinden und nicht durch kostengünstige Verbrennungsanlagen weiterhin zu ermöglichen und profitabel zu erhalten. Deshalb unterstützt die Landtagsgruppe der GRÜNEN den Protest des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und des Kreisverbandes Groß-Gerau der GRÜNEN gegen die geplante Verbrennung von Dioxin in Biebesheim, die gerade im hochbelasteten Rhein-Main-Gebiet unverantwortlich wäre.

Die GLB unterstützt den Protest der Aktion „Giftfreies Ried“. Dioxin (TCDD) ist nicht irgendein Gift, sondern gilt unter Wissenschaftlern als das zur Zeit gefährlichste Gift, das industriell anfällt. Es ist 500 mal gefährlicher als Strychnin und 1000 mal gefährlicher als Zyankali. Eine Therapie für die Vergiftung existiert nicht. Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung Riestadts, besonders betroffen sind Kinder und die Ungeborenen.

Karin Fischer



Geben Sie bitte beide Stimmen den GRÜNEN, zumindest aber die Zweitstimme. Sie entscheidet mit, ob wir die 5%-Hürde überspringen und in den Bundestag einziehen.

Das Volk hat sich nicht der Parteipolitik anzupassen, die Entwicklung muß vielmehr umgekehrt verlaufen.

Erna Scherber

# Flußwasser aus dem Rhein bald auf Büttelborner Felder?

Wird man in naher Zukunft die Felder Büttelborns mit Rheinwasser beregnen?

Wird unser Trinkwasser bald Wasser sein, das aus verschmutztem Flußwasser gewonnen wird?

Die Weichen dahin sind schon gestellt. So ist die Entnahmestelle für Rheinwasser in Gernsheim schon gebaut. Es ist geplant zukünftig 100.000 bis 200.000 m<sup>3</sup> Wasser/Tag dem Rhein zu entnehmen und aufzubereiten, um es anschließend zur Grundwasseranreicherung im Ried zu versickern. Man nimmt dabei an, daß durch die Filterwirkung des Erdreiches Trinkwasserqualität erreicht wird.

Ein anderer Teil dieses Wasser soll direkt nach der Aufbereitung zur Beregnung landwirtschaftlich genutzter Flächen im Ried benutzt werden. Dabei werden auch Büttelborner Landwirte nicht daran vorbeikommen mit Rheinwasser ihre Felder beregnen zu müssen.

Die Rohrleitungen von der Entnahmestelle in Gernsheim zum Dornheimer Beregnungsverband sind schon im Bau.

Zwar wird von den Verantwortlichen behauptet, dieses Wasser hätte schon Trinkwasserqualität. Doch wer kann das glauben, wenn er sich die Schmutzfracht mal vor

Augen hält, die der Rhein heutzutage mit sich führt. Und – warum leitet man dieses Wasser nochmal durch das Erdreich, bevor man es als Trinkwasser verkauft, wenn es doch schon vorher Trinkwasserqualität hat?

Nicht geringer werden die Bedenken, wenn man überlegt, daß die Entnahmestelle nur 6 km nach der Kühlwassereinleitung des Atomkraftwerkes Biblis liegt. Dort mit dem Kühlwasser eingeleitete radioaktiv strahlende Nuklide und Erbanlagen veränderndes Tritium können von der Aufbereitungsanlage sicher nicht ausgefiltert werden.

Hier ist man dabei Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden und die zur Grundwasserabsenkung im Ried mit all seinen bekannten Folgen führten, reparieren zu wollen, letztendlich wieder einmal auf Kosten der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung.

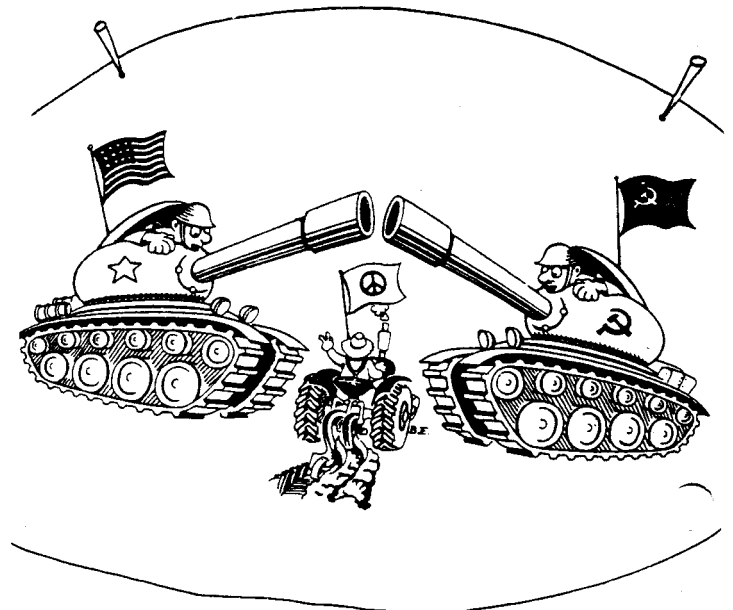
Wäre es nicht besser, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die dazu führen, daß weniger wertvolles Grundwasser verbraucht wird?

Beispielsweise wird in großen Bereichen der Industrie immer noch Trinkwasser dort verwendet, wo aufbereitetes Brauchwasser auch geeignet wäre.

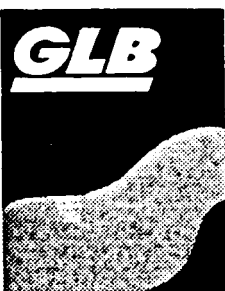
Dieter Schulmeyer

**Wenn man alle Menschen mit Nahrung, Wasser, Wohnraum versorgen – und ihnen Gesundheitsfürsorge und Erziehung zukommen lassen will, benötigt man schätzungsweise 17 Milliarden Dollar im Jahr.**

**Das ist eine riesige Summe. Genausoviel wie innerhalb von 14 Tagen auf der Erde für Waffen ausgegeben wird.**



**Nur wer den Mut zum Träumen hat hat auch die Kraft zum Kämpfen !**



## IMPRESSUM

Herausgeber: Unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN  
V.i.S.d.P.: Rainer Jansohn, Büttelborn 1

Redaktionsanschrift: Hans-R. Haybach, Isarstr. 1, 6087 Büttelborn 3, Telefon 7367